

Zur Resolution des Münchner Stadtrats "Gegen jeden Antisemitismus!":

"Gegen jeden Antisemitismus!"

Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat am 13.12.2017 eine Resolution mit der Bezeichnung „Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“)" beschlossen. Wie der Titelzusatz zeigt, geht es dabei darum, der internationalen Kampagne oder Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“, die „den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren möchte“ (Wikipedia), jede städtische Unterstützung zu verweigern, sowie darum, die BDS-Bewegung als „antisemitisch“ einzustufen.

Die Gesellschaft Freunde Abrahams kooperiert gern und eng mit israelischen wie mit anderen WissenschaftlerInnen und sieht darin einen zentralen Teil des eigenen Selbstverständnisses. Die Gesellschaft Freunde Abrahams kann also die BDS-Kampagne/-Bewegung nicht unterstützen und ihr nicht nahe stehen.

Wir begrüßen aber ausdrücklich den gewaltfreien Ansatz, und wir teilen mit vielen Palästinensern, Israelis, Juden, Christen, Muslimen und anderen Menschen weltweit eine wachsende Verzweiflung über die Politik der letzten Regierungen des Staates Israel. Sie trägt zu einer friedlichen Lösung des Konflikts nicht bei und stellt eben dadurch die Existenz des jüdischen Staates selbst infrage.

Zahlreiche UnterstützerInnen von BDS sind selbst Israelis und sehen gerade darin ausdrücklich ein Mittel, die sichere Zukunft Israels zu gewährleisten, in Frieden mit den Palästinensern. Einzelne BDS-AktivistInnen und -UnterstützerInnen würden offenbar dem Staat Israel gerne das Existenzrecht absprechen. Diese Position kann aber nicht der Bewegung insgesamt zugeschrieben werden, deren Einstufung als „anti-zionistisch“ international umstritten ist. Erst recht darf eine solche Haltung keinesfalls pauschal auf alle Personen übertragen werden, die BDS unterstützen oder dieser Bewegung in irgendeiner Weise „nahestehen“. Wie sich in der Folge der Resolution in München bereits in mehreren Fällen gezeigt hat, führt das zu paradoxen und beklemmenden Diffamierungen von Personen, die für ihren Einsatz für Frieden und Menschenrechte eigentlich Anerkennung und Unterstützung verdienen.

Eine Bewertung der überaus komplexen Fragen zum Nahostkonflikt kommt niemals ohne seriöse Differenzierungen aus. Eine falsche Gleichsetzung „Kritik an der Politik Israels“ = „Israel-Kritik“ = „Kritik an der Existenz des jüdischen Staates“ = „Antisemitismus“ ist an allen Stellen fahrlässig und läuft auf einen verhängnisvollen Missbrauch des Antisemitismusbegriffs hinaus, der dem Kampf gegen echten Antisemitismus schadet (siehe Editorial).

(aus: [ABRAHAMS POST 32/2018](#))

www.stefan-jakob-wimmer.de